

D1 GRÜN aus Verantwortung für Sachsens Zukunft

Antragsteller*in: Landesvorstand (Landesvorstand)

Tagesordnungspunkt: 3. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Das Ergebnis der Landtagswahl 2024 und die Ergebnisse für alle demokratischen
2 Parteien markieren eine Zäsur für unser Land. Erstmals gibt es in Sachsen keine
3 Mehrheit der demokratischen Mitte, die eine stabile Regierung bilden kann. Hinzu
4 kommt der 6. November 2024: Mit dem Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten
5 Staaten von Amerika müssen wir Freiheit und Sicherheit in Europa neu denken. Mit
6 dem Bruch der Ampel-Koalition im Bund ist viel Vertrauen in eine funktionierende
7 und verantwortungsvolle Politik zerbrochen. Wie Deutschland seiner Verantwortung
8 in Europa gerecht wird, wird entscheidend für die Neusortierung der
9 geopolitischen Lage sein.

10 Das alles passiert in einer Zeit, in der die aktuellen Herausforderungen größer
11 denn je sind: Hitzesommer, Dürren und Überschwemmungen nehmen zu, viele Menschen
12 und vor allem Familien fragen sich, wie sie ihre Rechnung bezahlen können,
13 Brücken stürzen ein, Busse und Bahnen fahren nicht, weil unsere Infrastruktur
14 jahrzehntelang kaputtgespart wurde und der Unterrichtsausfall an sächsischen
15 Schulen erreicht neue Rekordstände. Jetzt rächt sich die knallharte Sparpolitik
16 der CDU Sachsen der vergangenen Jahrzehnte. Gleichzeitig nehmen die Angriffe auf
17 unsere Demokratie und unser friedliches Zusammenleben in Sachsen immer stärker
18 zu.

19 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar
20 2022 brachte nicht nur unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine,
21 sondern stellte unsere europäische Friedensordnung grundsätzlich in Frage. Die
22 Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen die Aggressoren eines
23 verbrecherischen Regimes heißt für uns auch, unser gemeinsames Europa zu
24 verteidigen. Unser Wohlstand, unsere Freiheit und unsere Sicherheit, beruhen auf
25 den Fundamenten eines starken und geeinten Europas. Auch hat uns der 24. Februar
26 deutlich vor Augen geführt: Erneuerbare Energien schützen nicht nur unser Klima,
27 sondern machen uns unabhängig von fossilen Energieimporten aus Russland und
28 garantieren so unsere Freiheit und Sicherheit. Erneuerbare Energien und niedrige
29 Energiepreise sind zugleich die notwendige Grundlage des künftigen
30 wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Zur Ehrlichkeit gehört dazu: der Krieg
31 gegen die Ukraine begann bereits 2014. Es war eine Große Koalition aus CDU und
32 SPD, die verhindert hat, dass Deutschland die notwendigen Schritte in Richtung
33 Energieunabhängigkeit gegangen ist. Trotz der Annexion der Krim wurde die
34 Gaspipeline Nord Stream 2 forciert. Es sind wir BÜNDNISGRÜNEN gewesen, die als
35 einzige politische Kraft schon vor einem Jahrzehnt deutlich gewarnt haben.

36 2019 haben wir BÜNDNISGRÜNE erstmals in der Geschichte des Freistaates Sachsen
37 Verantwortung als Teil einer Regierungskoalition übernommen. Wir haben in diesen
38 Jahren, die von Krisen und großen Herausforderungen geprägt waren, viel bewegt.
39 In Regierungsverantwortung haben wir nach Jahrzehnten der Reformblockaden und
40 den lähmenden Jahren der sächsischen Stillstands-GroKo aus CDU und SPD den
41 Kurswechsel hin zu einer zukunftsfähigen Politik erkämpft. Wir haben beim Ausbau
42 der Erneuerbaren endlich den Turbo gezündet, wir haben den Schutz unserer Natur
43 und Umwelt endlich Priorität eingeräumt und Bürgerbeteiligung sowie

44 Gleichstellung auf ein neues Level gehoben. Im Bund haben wir unter Robert
45 Habeck unser Land aus den Gasfesseln Putins befreit und unsere
46 Energieunabhängigkeit entschieden vorangebracht. In der größten geopolitischen
47 Krise unserer Zeit haben wir die Energiekrise in Deutschland abgewandt, die
48 Preise stabil gehalten und zugleich die Weichen neu gestellt beim Ausbau der
49 Erneuerbaren Energien sowie der ökologischen Transformation von Wirtschaft und
50 Industrie.

51 Gerade jetzt ist nicht der Punkt um stehenzubleiben oder zurückzugehen. Wer
52 jetzt noch die Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit in der
53 Vergangenheit sucht, setzt unsere Zukunft aufs Spiel. Wer bei der Lösung für die
54 Herausforderungen unserer Zeit bereit ist, die Abhängigkeit von Autokraten zu
55 manifestieren, gefährdet unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unseren
56 Wohlstand. Es braucht daher jetzt eine klare Politik, die Orientierung gibt, um
57 die Zukunft Sachsens in einer schwierigen Mehrheitssituation zu gestalten. Als
58 BÜNDNISGRÜNE stehen wir für eine moderne Politik, die unsere natürlichen
59 Lebensgrundlagen schützt, allen Menschen Freiraum zur Entfaltung gibt und mit
60 Mut, Zuversicht und Gestaltungskraft handelt. Wir stehen weiterhin für die
61 geeignetsten Antworten auf die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit.
62 Sachsen muss sich bewegen, sonst bleibt es stehen. Verlorene Jahre sind das
63 Letzte, was wir in diesen Zeiten gebrauchen können.

64 Für ein starkes Miteinander in Sachsen braucht es eine echte Offensive für
65 Bildung und
66 soziale Infrastruktur, Beteiligung und Gerechtigkeit. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen
67 darauf, dass kein Mensch in Sachsen zurückgelassen wird.

68 Um Wohlstand in Sachsen zu sichern braucht es ein Sachsen, das auf kluge
69 Fachkräfte sowie den Ausbau von Wind-, Solar-, und Bioenergie setzt - für
70 bezahlbare Energie und ein zukunftsfähiges, pragmatisches Handeln. Wir
71 BÜNDNISGRÜNE setzen darauf, Investitionen in nachhaltige Technologien zu
72 erleichtern und unnötige bürokratische Hürden weiter abzubauen.

73 Für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Sachsen braucht es
74 weiterhin den engagierten Einsatz für intakte Wälder, Auen, Flüsse und Moore.
75 Wir BÜNDNISGRÜNE setzen darauf, dass wir Lebensräume für die biologische
76 Vielfalt erhalten und weiter verbessern.

77 Um Freiheit in Sachsen zu schützen braucht es ein entschiedenes Vorgehen gegen
78 alle Bedrohungen auf unsere innere, äußere und soziale Sicherheit. Wir setzen
79 darauf, dass wir den Rechtsstaat stärken und mit einer starken Justiz unsere
80 liberale Demokratie vor Verfassungsfeinden schützen.

81 Für ein starkes Sachsen in einem freien, geeinten Europa braucht es die Stärkung
82 der Westbindung und einen besonderen Blick auf unsere osteuropäischen Nachbarn.
83 Um die Friedensordnung wiederherzustellen und zu schützen, setzen wir
84 BÜNDNISGRÜNE auf die intensive und verlässliche Unterstützung der Ukraine.

85 Doch statt die großen Herausforderungen unserer Zeit mutig und klar
86 anzugehen, herrscht Chaos bei der Regierungsbildung in Sachsen. Für dieses Chaos
87 ist der Ministerpräsident verantwortlich. Statt sich für Stabilität, Kontinuität
88 und Verlässlichkeit in Sachsen einzusetzen, hat Michael Kretschmer mit
89 Populismus stabile Mehrheiten in der demokratischen Mitte der Gesellschaft
90 verhindert. Er hat die demokratische Mitte in Sachsen leichtfertig preisgegeben

91 und sich naiv in die Arme von der populistischen Partei von Sarah Wagenknecht
92 geflüchtet. Die verheerenden Konsequenzen dieser gescheiterten Politik haben
93 jedoch in aller erster Linie die Menschen im Freistaat Sachsen zu tragen. Sie
94 zahlen die Zeche für Chaos, Instabilität und eine handlungsunfähige Regierung
95 ohne eigene demokratische Mehrheit. Jetzt liegt es an Michael Kretschmer und der
96 sächsischen CDU, die Scherben wieder aufzukehren und für Stabilität zu sorgen.

97 Für uns heißt Verantwortung zu übernehmen verantwortungsvoll zu handeln. Dabei
98 ist uns BÜNDNISGRÜNE folgendes wichtig:

99 1. Eine gute Politik braucht Verantwortungsbewusstsein, Anstand und Vertrauen

100 Verantwortung zu übernehmen setzt für uns BÜNDNISGRÜNE eine vertrauensvolle
101 Zusammenarbeit voraus. Als die Ampel erstmals im Bund regierte, wurde immer
102 spürbarer, dass die sächsische CDU ihre Aufgabe darin sieht, mit unsinnigen
103 Blockaden Opposition zur Bundesregierung zu spielen, statt hier umsetzbare
104 Lösungen zu präsentieren und ihrem Gestaltungsauftrag in Sachsen nachzukommen.
105 Narrative von der AfD wurden teilweise kopiert und damit den Rechtsextremen
106 zusätzlich Aufwind gegeben. Mit ständigen Fingerzeigen gegen die Ampel in Berlin
107 und Angriffen auch gegen die eigenen Koalitionspartner, statt klarer Abgrenzung
108 von rechtsextremen und altstalinistischen Strömungen, hat der Ministerpräsident
109 Kretschmer den Freistaat Sachsen in eine politische Sackgasse manövriert. Er hat
110 sich selbst um stabile Koalitionsoptionen gebracht und somit Vertrauen
111 verspielt. Das ist gefährlich angesichts der großen Herausforderungen, vor denen
112 wir in Sachsen stehen. Es ist nun höchste Zeit, zu einem fairen demokratischen
113 Meinungsstreit zurückzukehren. Nur so kann das Vertrauen der Menschen in die
114 Politik gestärkt und Zuversicht geschaffen werden. Wir BÜNDNISGRÜNE in Sachsen
115 stehen für gute und neue Ideen für eine lebenswerte Zukunft, die die Realitäten
116 anerkennen und nicht die Vergangenheit verklären. Diese wollen wir mit den
117 Menschen hier diskutieren und uns gemeinsam auf den Weg machen, unser Land
118 zukunftsfest und lebenswert zu gestalten. Das ist die Grundlage dafür, dass das
119 Vertrauen der Menschen in die Politik wieder gestärkt wird.

120 2. Es darf keine Zusammenarbeit mit Populisten und Rechtsextremisten geben

121 Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere liberale Demokratie und
122 unsere innere Sicherheit. Die AfD fungiert seit jeher als parlamentarischer Arm
123 dieser gefährlichen Ideologie. Eine Zusammenarbeit darf nur möglich sein mit
124 Parteien und Akteur*innen, die felsenfest auf dem Boden der freiheitlich
125 demokratischen Grundordnung stehen. Bei der CDU steht, entgegen ihrer eigenen
126 Verlautbarungen, die Tür zur Zusammenarbeit mit der AfD so weit offen wie nie.
127 Dass sich Ministerpräsident Kretschmer noch inmitten der laufenden
128 Sondierungsgespräche mit dem AfD Parteichef Urban getroffen hat, ist
129 brandgefährlich. Auch die sächsische SPD muss sich fragen, wie sie mit der
130 rechtsextremen AfD umgehen will. Es entbehrt jeder staatsbürgerlichen
131 Verantwortung, sich mit Faschisten zu treffen - und das auch noch an jenem Tag,
132 an dem sächsische AfD-Mitglieder wegen Terrorverdachts festgenommen wurden. Für
133 uns BÜNDNISGRÜNE steht fest: Mit Verfassungsfeinden, die alle Grundsätze unserer
134 liberalen Demokratie mit Füßen treten, darf es keine Zusammenarbeit geben.

135 3. Klima- und Umweltschutz muss Priorität haben

136 Der menschengemachte Klimawandel und der Verlust der Artenvielfalt gehören zu
137 den größten Herausforderungen, die wir im 21. Jahrhundert zu bewältigen haben.

138 Wir erleben einen Hitzesommer nach dem anderen, immer mehr Hochwasser, die
139 Existenzen zerstören und Milliardensummen kosten und Ernteauffälle, die unseren
140 Landwirt*innen immer stärker zu schaffen machen. Wir können es uns schlicht
141 nicht mehr leisten, Klimaschutzmaßnahmen aufzuschieben, denn das ist ökologisch
142 unverantwortlich, ökonomisch unvernünftig und für unsere Kinder und Enkel
143 ungerecht. Nur wirksamer Klimaschutz sichert uns allen eine lebenswerte Zukunft
144 und nur mit einer konsequenten sozialverträglichen Klimapolitik kann es eine
145 gute wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen geben. Es ist der Schutz gegen
146 Extremwetter, der eine nachhaltige Landwirtschaft sichert. Es ist die
147 Verfügbarkeit der Erneuerbaren Energien, die heute schon der entscheidende
148 Standortfaktor für die Unternehmen in Sachsen ist. Der Ausbau der Erneuerbaren
149 Energien muss auch deshalb oberste Priorität haben. Es macht uns Sorgen, wie
150 insbesondere CDU und SPD den Klima- und Umweltschutz ignorieren oder sogar
151 blockieren. Für uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Es ist unsere gemeinsame
152 Verantwortung, dem Klima- und Umweltschutz als dem zentralen Thema unserer Zeit
153 Priorität einzuräumen und weiterhin daran zu arbeiten, die Energiewende in
154 Sachsen voranzubringen. Nur so sichern wir ein gutes Leben für uns und unsere
155 nachfolgenden Generationen.

156 4. Frieden in Europa braucht die verlässliche Unterstützung der Ukraine

157 Seit dem Februar 2022 ist die Welt eine andere. Es herrscht wieder ein heißer
158 Krieg in Europa und unsere europäische Friedensordnung steht auf dem Spiel.
159 Unsere Freiheit, unser Wohlstand und unsere Sicherheit in Deutschland und Europa
160 sind das Produkt der Westbindung Adenauers und eines jahrzehntelangen
161 gemeinsamen europäischen Einigungsprozesses. Mit dem Wahlsieg Donald Trumps ist
162 klar: Europa muss jetzt näher zusammenrücken und mehr für seine eigene
163 Sicherheit und Verteidigung tun. Europas Schicksal darf nicht an den Interessen
164 eines Nationalisten und Populisten hängen. Wir sehen, dass die Frage von Krieg
165 und Frieden die Menschen in Sachsen, in Deutschland, in ganz Europa, bewegt und
166 viele Menschen Sorgen um den Frieden in der Welt haben. Auch sehen wir, dass
167 immer mehr Parteien diese Sorgen schamlos ausnutzen und Angst
168 instrumentalisieren, um das Land zu spalten. Das ist verantwortungslos. Klar
169 ist: Wenn die Ukraine den Krieg verliert, ist der Krieg bei uns. Frieden in
170 Europa kann es nur dann geben, wenn die Ukraine frei ist und die Grenzen von
171 1991 wiederhergestellt sind. Niemals dürfen wir als Bundesrepublik Deutschland
172 akzeptieren, dass Völkerrecht gebrochen und Grenzen in Europa gewaltsam
173 verschoben werden. Um die europäische Friedensordnung wiederherzustellen und zu
174 sichern, braucht es die klare und kompromisslose Unterstützung der Ukraine. Für
175 uns BÜNDNISGRÜNE ist klar: Wir müssen Verantwortung übernehmen und Haltung
176 zeigen für die Menschen in der Ukraine und für echten Frieden in Europa.

177 5. Den sozialen Frieden sichern wir nur mit mehr Gerechtigkeit

178 Vielfalt, Weltoffenheit, soziale Sicherheit und eine starke Wirtschaft sind
179 zentrale Grundlagen für ein gutes Leben in Sachsen. Wir wollen, dass Sachsen für
180 alle Menschen attraktiv ist
181 - unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung oder
182 Hautfarbe. Viele Menschen fühlen sich mit ihren Anliegen und Perspektiven im
183 Freistaat aktuell nicht gut vertreten und sind enttäuscht von der Politik. Wenn
184 sich diese Personengruppen dauerhaft von der Politik abwenden oder gar das Land
185 verlassen, gefährdet das unsere Zukunft und unseren Wohlstand. Um dem entgegen
186 zu wirken, ist es notwendig, den Menschen stärker zuzuhören und mit ihnen ins

187 Gespräch zu kommen, zugleich aber menschenverachtenden oder antidemokratischen
188 Parolen deutlich zu widersprechen. Wir dürfen vor allem junge Menschen nicht
189 rechtsextremen Parteien wie der AfD oder den Freie Sachsen überlassen, die mit
190 perfiden Strategien versuchen jene Lücken vor Ort zu füllen versuchen, die
191 Freistaat und Kommunen im Wettstreit um den schmalsten Sparhaushalt klaffen
192 lassen. Hierfür müssen wir in Sachsen viel stärker investieren: in Bildung,
193 Inklusion, Digitalisierung, Bus und Bahn sowie Orte für Demokratie, Kultur und
194 Jugend. Wir BÜNDNISGRÜNE setzen daher auf starke Investitionen in die
195 öffentliche soziale Infrastruktur und Chancengleichheit im Freistaat Sachsen, um
196 den gesellschaftlichen und sozialen Frieden zu stärken, Menschen wieder
197 zusammenzuführen und ihnen gute Perspektiven in Sachsen zu bieten. Dies ist ein
198 wesentlicher Baustein, um das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie zurück
199 zu gewinnen.

200 Wir haben viel geschafft, aber wir sind noch lange nicht fertig. Wir
201 BÜNDNISGRÜNE wollen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die großen
202 Herausforderungen zu bewältigen, wird all unsere Kraft, all unser Vertrauen, all
203 unsere Fähigkeiten benötigen. Wir sind überzeugt: Gemeinsam können wir das
204 meistern. Gemeinsam mit den vielen engagierten Menschen, gemeinsam mit unseren
205 starken Unternehmen, gemeinsam mit unseren vielfältigen Verbänden und Vereinen
206 in Sachsen. Unser Land verdient eine verlässliche Politik, die die Realitäten
207 sieht und entschlossen handelt. Der Moment dafür ist jetzt. Jetzt ist Zeit, nach
208 Vorne zu gehen zukunftsgerichtet zu denken und zu handeln. Wir BÜNDNISGRÜNE
209 machen dieses Angebot, um unser Land nach vorne zu bringen.

Begründung

Die Ereignisse des 6. November (Brombeer-Aus, Ampel-Bruch, Wahlsieg Donald Trumps) ereigneten sich nach dem Verstreichen der Antragsfrist. Der Landesvorstand zog den ursprünglichen Leitantrag, der sich im Wesentlichen auf das Verhandlungsgeschehen der Brombeer-Parteien bezog, zurück.

D2 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Marlen Drechsler (KV Leipzig)

Tagesordnungspunkt: 3. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Am Vormittag des 05. November 2024 wurden im Umland von Leipzig, Dresden und im
2 Landkreis Meißen Razzien durchgeführt und dabei mehrere junge Männer wegen der
3 Gründung der rechtsterroristischen Vereinigung „Sächsische Separatisten“
4 verhaftet. Sie planten mit Waffengewalt Regionen zu erobern und dort eine
5 völkische, antisemitische Diktatur zu errichten. Viele der verhafteten Männer
6 sind AfD-Mitglieder, einer sogar gewählter Stadtrat für die AfD. Es steht fest:
7 Die AfD leistet einen beachtlichen Beitrag solcher Gruppierungen, welche für
8 unsere freiheitlich-demokratische Ordnung die größte Gefahr darstellen. Es steht
9 auch fest, dass solche Radikalisierungen in diesem Ausmaß vor allem deshalb
10 stattfinden können, weil es in Sachsen unfassbar viel Nährboden für
11 rechtsextreme und rechtspopulistische Narrative gibt.

12 Wir BÜNDNISGRÜNE definieren uns als antifaschistische Partei. Nicht weil das in
13 unserer Satzung festgeschrieben ist – denn das ist es nicht – sondern weil wir
14 unermüdlich für die Demokratie in diesem Freistaat eintreten und sie fördern
15 wollen. Dazu zählt ganz klar: Wir stellen uns entschieden gegen
16 antidemokratische und menschenverachtende Weltbilder. Mit voller Kraft und
17 Stärke kämpfen wir für die Beseitigung rechtsextremer Strukturen und
18 rechtsextremen Gedankenguts.

19 Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen!

20 Demokratie und Teilhabe in der Gemeinschaft sollen kein Privileg der
21 einkommensstarken und vermögenden Bürger*innen sein. Armutsgefährdete Menschen
22 sehen sich häufig aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation auch in vielen
23 Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Damit werden sie
24 anfälliger für rechte Narrative, welche ihre Verlust- und Abstiegsängste für
25 Spaltung und Hetze missbrauchen.

26 Verlustängste und Abstiegsorgen beseitigen!

27 Die Angst vor Wohlstandsverlust und Verarmung bereitet vielen Menschen Sorgen.
28 Sie fühlen sich von der Politik nicht wahrgenommen und wenden sich in ihrer
29 Angst politischen Kreisen zu, die für diese komplexen Ängste vermeintlich
30 einfache Ursachen und Lösungen bieten. Wir dürfen diese Ängste nicht länger
31 reaktionären Kräften überlassen. Es ist unsere Pflicht, diesen Ängsten
32 fürsorglich und empathisch zu begegnen. Wir müssen deutlich machen, dass wir
33 diese Ängste ernst nehmen und dafür eintreten, dass sie sich nicht
34 verwirklichen.

35 Verbesserung der Lebensqualität durch Investitionen in ländliche Infrastruktur!

36 Während in den Großstädten progressive Inhalte noch auf Anklang stoßen, wird der
37 ländliche Raum immer weiter von extrem bis radikal rechten Kräften eingenommen,
38 welche Strukturen aufbauen und die Bevölkerung für ihr menschenverachtendes
39 Weltbild vereinnahmen. Dem begegnen wir, indem wir gezielt den ländlichen Raum
40 und dessen Zukunftsperspektive stärken. Dieser bietet unfassbar viel Potenzial,

41 aber zu oft ist er wortwörtlich von wirtschaftlichen und kulturellen Zentren
42 abgekoppelt.

43 Politische Bildung und Jugendförderung auszubauen!

44 Die Wahlen haben gezeigt, dass die Zustimmung der AfD bei jungen Menschen
45 besorgniserregend hoch ist. Dem wollen wir begegnen, indem wir politische
46 Bildung zu den Themen Demokratie, Rechtsextremismus, Klimaschutz und soziale
47 Gerechtigkeit vermehrt auf den Lehrplan setzen und junge Menschen öfter und
48 besser an politischen Entscheidungen beteiligen.

49 Schaffung eines echten Aufstiegsversprechens für junge Menschen!

50 Junge Menschen sehen immer neue Konflikte vor sich – Klimakrise, fehlende
51 Rentensicherheit – und viel zu oft ist nicht einmal der Arbeitsplatz mit fairen
52 und sozial verantwortungsvollen Arbeitsbedingungen in Aussicht. Überall wird
53 davon geredet, dass wir mehr und länger arbeiten sollen, und das am besten noch
54 zum gleichen Lohn. Überall sprießen Debatten darüber, dass junge Menschen jetzt
55 die offenen Arbeitsplätze belegen sollen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass
56 all diese Forderungen nach mehr Arbeit die Debatten um weniger soziale
57 Sicherheit untergraben und jungen Menschen die Arbeitnehmer*innenrechte für eine
58 sichere Zukunft entziehen. Wir wollen das ändern und Maßnahmen auf den Weg
59 bringen, die junge Menschen sozial absichern und ein Leben in Wohlstand
60 ermöglichen!

61 Sicherung der sozialen Grundrechte für eine gerechte Gesellschaft!

62 In Zeiten von Verunsicherung ist es Aufgabe der Politik, diese Verunsicherung
63 aufzugreifen und zu beantworten. Es ist unser Ziel, uns für das menschenwürdige
64 Leben im Sozialstaat einzusetzen und die Grundpfeiler des Sozialstaates
65 auszubauen. Die Wissenschaft zeigt: Wer sich sozial wertgeschätzt fühlt und
66 nicht von andauernder Armut gefährdet ist, neigt deutlich weniger zu
67 antidemokratischen Haltungen.

68 Das bedeutet für uns BÜNDNISGRÜNE im Einzelnen:

69 Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen!
70 Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren immer weiter
71 auseinandergewachsen. Zwar hat sich der allgemeine Wohlstand in der Bevölkerung
72 – auch in Sachsen – stetig verbessert, aber ungerecht verteilt. Wir beobachten
73 mit Besorgnis, wie der Wohlstand vor allem in die Taschen weniger Menschen
74 wandert. Während in den letzten Jahren das Vermögen der Superreichen um 10 %
75 wuchs, waren es bei den unteren 75% nur 1,5% Vermögenswachstum - und damit
76 weniger als die Inflationsrate. Diesem Zustand gilt es entschieden
77 entgegenzuwirken, um unter anderem das Gefühl sozialer Ausgrenzung zu überwinden
78 und sicherzustellen, dass armutsgefährdete Menschen in die demokratische

79 Gesellschaft eingebunden bleiben. Wir setzen uns deshalb als BÜNDNISGRÜNE in
80 Sachsen für folgende Maßnahmen ein:

- 81 • Verbesserung der Verfügbarkeit von sozialem und bezahlbarem Wohnraum
- 82 • Erhöhung des Wohngeldes in Anbetracht des desaströsen Wohnungsmarktes
- 83 • Stärkung des Mietrechtsschutzes und Einsatz für eine bundesweite
84 Mietpreisbremse
- 85 • Ausbau von Schuldnerberatungsstellen
- 86 • Gezielte Förderung und Integration in den Arbeitsmarkt statt 1€-Jobs und
87 Sanktionierungen
- 88 • Vergabe von Ausschreibungen durch Kommunen und den Freistaat Sachsen
89 ausschließlich an Unternehmen, die nach Tarifvertrag bezahlen

90 Verlustängste und Abstiegsorgen zu beseitigen!

91 Immer mehr Menschen mit Durchschnittseinkommen oder weniger fürchten sich, ihre
92 Rechnungen nicht mehr begleichen zu können, den Einkaufswagen zu füllen, die
93 Wohnung im Winter zu heizen oder Wünsche ihrer Kinder zu ermöglichen. Eine
94 unverhersehbare Ausgabe kann das Budget sprengen und zu Schwierigkeiten führen,
95 die Miete oder den Strom pünktlich zu überweisen. Diese Ängste sind keine
96 irrationalen Hirngespinnste, die wir ignorieren sollten. Stattdessen müssen wir
97 sie ernst nehmen – nicht nur in Parteibeschlüssen, sondern auch in unserem
98 politischen Handeln. Um Abstiegsängste aufzufangen, setzen wir uns für folgende
99 Maßnahmen ein:

- 100 • langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen mit einem besonderen Fokus auf
101 strukturschwache Gebiete
- 102 • Unterstützung für Betriebe, um ökologische und zukunftssichere
103 Investitionen vorzunehmen
- 104 • Ausbau des Netzes der Erneuerbaren auf 100 % bis 2029
- 105 • Ausbau gezielter Weiterbildungsmaßnahmen, um präkerer Beschäftigung
106 entgegenzuwirken
- 107 • Stärkung der Tarifbindung in Ostdeutschland

108 Lebensqualität durch Investitionen in ländliche Infrastruktur zu verbessern!

109 Besorgniserregend oft sind die einzigen gesellschaftlichen Strukturen im
110 ländlichen Raum der unmittelbare Freund*innen- und Familienkreis oder
111 populistische und rechtsextreme Vereinigungen. Dazu kommt, dass sich Menschen im
112 ländlichen Raum durch „die Politik, die in den Städten“ gemacht wird, politisch
113 schlecht vertreten fühlen. Diesem Narrativ, das sich durch populistische bis
114 rechtsextreme Strömungen immer weiter verfestigt, müssen wir mit Maßnahmen

115 begegnen, die dort ansetzen, wo die ländliche Bevölkerung sich übersehen fühlt.

116 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- 117 • Der ÖPNV zuverlässiger und streckenreicher ausgebaut wird und die
118 Carsharing-Angebote verbessert werden
- 119 • Der ländliche Raum mit besserer und schnellerer Internet- und
120 Telefonanbindung versorgt wird
- 121 • Kulturelle und demokratiefördernde Angebote vor Ort stärker gefördert
122 werden
- 123 • Stärker investiert wird in demokratische, zivilgesellschaftliche
124 Begegnungsorte
- 125 • Die Förderung für die Eröffnung von Arztpraxen auf dem Land verbessert
126 wird und das Werben für eine bessere Zulassung zum Medizinstudium durch
127 die Aufgabe selbstbestimmter Entscheidungen über die eigene Zukunft
128 abgeschafft wird
- 129 • Gezielte Mittel zur Renovierung von Schulen, Kitas und Horts im ländlichen
130 Raum vergeben werden

131 Politische Bildung und Jugendförderung auszubauen!

132 Wenn politische Bildung im Alltag junger Menschen nur im GRW-Unterricht
133 stattfindet, dann ist das in Anbetracht der aktuellen politischen Lage des
134 globalen Rechtsrucks und der aggressiven Isolationspolitik von allen Seiten
135 schlichtweg ungenügend. Junge Menschen kommen kaum in Kontakt mit der
136 Bedeutsamkeit der Demokratie für ihr Leben, erhalten kaum Angebote, um selbst
137 politisch wirksam zu werden, und werden nur gering bis gar nicht dazu befähigt,
138 sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen oder ihn mitzugestalten.
139 Stattdessen wird ihnen der Vorwurf gemacht, sie seien unpolitisch, faul oder
140 würden zunehmend durch soziale Netzwerke verblöden. Diese Haltung lehnen wir
141 entschieden ab und setzen uns stattdessen ein, Angebote und Möglichkeiten für
142 junge Menschen zu schaffen, sich wirksam in den gesellschaftlichen und
143 politischen Diskurs einzumischen und selbstständig an Entscheidungen, die ihre
144 unmittelbare Gegenwart und Zukunft betreffen, mitzuwirken. Unter diesem Aspekt
145 fordern wir unter anderem:

- 146 • verstärkte Thematisierung von Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus,
147 der Klimakrise und sozialer Ungleichheit im Unterricht
- 148 • Finanzielle Unterstützung und Absicherung von Jugendzentren, die der
149 demokratischen Beteiligung von Jugendlichen dienen
- 150 • Einbindung von jungen Menschen in kommunale Entscheidungen, etwa durch den
151 Ausbau des Konzeptes der Jugendräte und durch die Förderung der
152 Projektinitiativen von jungen Menschen
- 153 • Vereine, die sich mit Jugendarbeit beschäftigen (von Sport bis Natur),
154 unterstützen und mehr Sozialpädagog*innen für diese Jugendarbeit zur
155 Verfügung stellen

156 Authentische, echte Aufstiegsversprechen für junge Menschen zu schaffen!
157 Egal wie sehr sich junge Menschen anstrengen oder für welche berufliche Laufbahn
158 sie sich entscheiden: Wohlstand zu erreichen wird immer schwerer und der
159 gesicherte Lebensabend im Wohlstand durch eine gute Rente war noch nie
160 unsicherer. Während junge Menschen sich Gedanken machen, wie sie die Ausbildung
161 oder das Studium für einen später hoffentlich angemessen bezahlten Job mit guten
162 Arbeitskonditionen stemmen, reden Politiker*innen aus allen Lagern über ein
163 verpflichtendes soziales Jahr, mehr Arbeitsstunden bei gleichem Lohn, Sanktionen
164 für Menschen, die früher in Rente gehen wollen, und den Abbau von
165 sozialstaatlichen Mitteln, die das Existenzminimum von Menschen in Ausbildung,
166 FSJ/FÖJ oder Studium ohnehin schon nicht decken. Was junge Menschen brauchen,
167 ist sicherlich nicht der Vorwurf, nicht genug arbeiten zu wollen, sondern die
168 Perspektive, dass dieses Land ihnen für ihre Arbeitskraft und die Kompromisse,
169 die sie eingehen, um die Existenz der anderen Generationen zu sichern, auch
170 Zukunftssicherheit und Anerkennung bietet. Das bedeutet, dass an junge Menschen
171 nicht permanent nur Erwartungen gesetzt werden, sondern auch Vorschläge gemacht
172 werden, um die Lebensrealität dieser gegenwärtig und nachhaltig zu verbessern.
173 Daher streiten wir für die folgenden Maßnahmen:

- 174 • bezahlbare und hochwertige (Aus-)Bildung an Universitäten und Hochschulen,
175 Berufsausbildungszentren und Berufsschulen im Freistaat
- 176 • Erhöhung der Ausbildungsvergütung – Sachsen soll sich dafür einsetzen,
177 dass bundesweit die Mindestvergütung für Ausbildungen nicht geringer als
178 der gesetzliche Mindestlohn beträgt
- 179 • Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in klimafreundlichen Branchen
- 180 • Erhöhung des sogenannten Taschengeldes im FSJ, FÖJ und
181 Bundesfreiwilligendienst

182 Für eine gerechte Gesellschaft soziale Grundrechte zu sichern!
183 Rechte Narrative zielen darauf, die Gesellschaft zu spalten und ein „Wir gegen
184 Die“-Denken zu erzeugen, um davon zu profitieren und einen diskriminierenden
185 Volksbegriff zu einem Kernbestandteil ihres Selbstverständnisses zu machen. Dem
186 begegnen wir, indem eine Gesellschaft geschaffen wird, die geeint und gerecht
187 ist. Lasten dürfen nicht zum Nachteil einzelner ohnehin stigmatisierter Gruppen
188 verteilt sein und Gewinne dürfen nicht von denen, die ohnehin schon viel haben,
189 privatisiert werden. Um eine sozial-gerechte Gesellschaft zu fördern und damit
190 rechten Narrativen die Grundlage zu nehmen, machen wir uns unter anderem für
191 folgende Maßnahmen stark:

- 192 • Stärkung des Rentenniveaus und der Einführung einer würdevollen und
193 armutsfreien Mindestrente statt präkerem Lebensabend
- 194 • Erhöhung des Mindestlohns auf 15€/Stunde und Einführung eines Lohnindex
- 195 • Durchsetzen des verfassungsmäßigen Rechts auf angemessenen Wohnraum
- 196 • Konsequente Haltung gegen Sanktionierung von Bürgergeldempfänger*innen

197 All diese Forderungen und Maßnahmen werden als notwendig erachtet, um die
198 Grundlagen des Rechtspopulismus und die dadurch erfolgende Stärkung des

199 Rechtsextremismus zu bekämpfen. Es reicht nicht nur, Wahlerfolge der AfD zu
200 verhindern oder möglichst gering zu halten, sondern Antifaschismus muss in
201 erster Linie auch dort beginnen, wo der Keim für Faschismus und
202 Rechtsextremismus gesät wird. Dafür ist eine stark sozial ausgerichtete Politik
203 unerlässlich. Als sächsischer Landesverband setzen wir uns dafür ein, dass alle
204 bundespolitischen Forderungen dieses Beschlusses in die Gremien des
205 Bundesverbandes getragen werden. Ziel ist es, dass diese Forderungen auf die
206 politische Agenda kommen und umgesetzt werden. Der Bundesverband soll sich
207 entschlossen für diese einsetzen.

Begründung

Der Antrag zielt auf die Eindämmung des Rechtsextremismus in Sachsen ab, indem er die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für die Radikalisierung anspricht und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechter Narrative und der Stärkung der Demokratie vorschlägt.

Der Nährboden für rechtsextreme und populistische Ideen wird vor allem in sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten gelegt. Studien belegen, dass soziale Isolation und ökonomische Benachteiligung ein Anreiz für die Radikalisierung darstellen können. Laut einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wächst die soziale Ungleichheit in Deutschland seit Jahren, was besonders in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu einer Verstärkung von Frustration und Verunsicherung führt. Menschen, die sich sozial und wirtschaftlich ausgeschlossen fühlen, sind empfänglicher für einfache, oft feindselige Narrative, die ihre Ängste und Sorgen aufgreifen und Sündenböcke wie Migrant*innen oder politische Eliten ins Visier nehmen.

Ein gezielter Kampf gegen die wirtschaftliche Benachteiligung – durch Maßnahmen wie die Verbesserung des sozialen Wohnungsbaus, den Ausbau des Mietrechtsschutzes und die Förderung von tarifgebundenen Arbeitsplätzen – trägt nicht nur zur Verringerung der sozialen Ungleichheit bei, sondern stärkt auch die Resilienz der Gesellschaft gegenüber rechten Narrativen. Wissenschaftliche Studien (z. B. der Universität Leipzig aus dem Jahr 2020) zeigen, dass soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen entscheidend dazu beitragen, extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Die Angst vor sozialem Abstieg, insbesondere in Zeiten von hoher Inflation, kann Menschen anfällig für extremistische Lösungen machen, die einfache Ursachen und Antworten auf komplexe Probleme bieten. Es ist belegt, dass in Gesellschaften, in denen die Angst vor dem Verlust von Wohlstand und sozialer Stellung stark ausgeprägt ist, der Boden für populistische und rechtsextreme Bewegungen bereitet wird. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (2023) zeigen sich vor allem in Ostdeutschland starke Verlustängste, die durch die wirtschaftlichen Umbrüche und die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung noch verstärkt wurden. Indem der Staat den sozialen Abstieg durch langfristige Arbeitsplatzsicherung und Weiterbildungsmaßnahmen für strukturschwache Regionen verhindert, wird dem rechten Populismus der Nährboden entzogen.

Die Abkopplung ländlicher Regionen von kulturellen, sozialen und politischen Angeboten schafft Raum für radikale Ideologien. Empirische Forschungen belegen, dass der ländliche Raum in Sachsen besonders anfällig für die Ansprache durch rechtsextreme und populistische Akteure ist, da hier häufig keine alternative politische und gesellschaftliche Gegenöffentlichkeit existiert. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist es entscheidend, in die Infrastruktur des ländlichen Raums zu investieren. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, eine verbesserte Internetanbindung sowie die Förderung von Jugendzentren und Bildungsangeboten sind

wirksame Mittel, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten und sie vor der Vereinnahmung durch extremistische Kräfte zu schützen.

Außerdem ist politische Bildung eine der effektivsten Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung. Eine umfassende Auseinandersetzung mit den Gefahren des Rechtsextremismus und die aktive Beteiligung junger Menschen am politischen Prozess können verhindern, dass junge Menschen sich populistischen oder extremistischen Kräften zuwenden. Studien der Bundeszentrale für politische Bildung belegen, dass eine frühzeitige politische Bildung und die Förderung von Jugendbeteiligung die Wahrscheinlichkeit verringern, dass junge Menschen von rechtsextremen Gruppierungen angeworben werden.

Um junge Menschen vor der Vereinnahmung durch extremistische Kräfte zu schützen, muss ihnen eine Perspektive für ihre Zukunft geboten werden. Durch den Ausbau von Ausbildungsplätzen und die Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen, insbesondere in nachhaltigen und zukunftsfähigen Sektoren wie der Erneuerbaren Energiebranche, wird das Vertrauen in den sozialen Aufstieg gestärkt und die Neigung zu radikalen Lösungsansätzen verringert. Eine Studie der Universität Erfurt bestätigt, dass junge Menschen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen und prekären Lebenslagen stecken, eine größere Bereitschaft zur Unterstützung populistischer und rechter Parteien zeigen.

Rechtsextreme Gruppen gedeihen dort, wo die sozialen Rechte der Bürger*innen untergraben werden. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Unsicherheit ist deshalb unerlässlich, um einer Spaltung der Gesellschaft und der Verbreitung antidemokratischer Ideologien entgegenzuwirken. Eine Studie des Deutschen Instituts für Normung (DIN) zeigt, dass der Ausbau des Sozialstaats – etwa durch eine Mindestrente und die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit – einen signifikanten Einfluss auf die Verringerung von rechtsextremen Einstellungen hat.

Dieser Antrag adressiert die Wurzeln des Rechtsextremismus, indem er auf die sozialen und wirtschaftlichen Missstände eingeht, die radikale und populistische Kräfte für ihre Zwecke ausnutzen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ungleichheit und Verlustängsten sowie die Verbesserung der Lebensqualität und politischen Teilhabe in Sachsen sind nicht nur ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Eindämmung des Rechtsextremismus. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind wissenschaftlich fundiert und haben sich in der Praxis als wirksam erwiesen, um extremistischen Tendenzen vorzubeugen und die Gesellschaft als Ganzes zu stärken. Durch die konsequente Umsetzung dieser Forderungen kann eine breitere gesellschaftliche Resilienz gegenüber extremistischen Einflüssen aufgebaut werden.

Der Dringlichkeitsantrag wird gestellt von: Marlen Drechsler (KV Leipzig, LV GRÜNE JUGEND Sachsen)
Dieser Dringlichkeitsantrag wird unterstützend gestellt von: Maga Görlitz (KV Meißen, LV GRÜNE JUGEND Sachsen), Jacob Kempe (KV Dresden, LV GRÜNE JUGEND Sachsen), Jonathan Wiencke (KV Leipzig), Linus Bauer (KV Leipzig), Temmi Pietsch (KV Dresden, LV GRÜNE JUGEND Sachsen)